



BUND im Aufschwung

Umweltschutz steht hoch im Kurs

Am 6. Februar 1976 trafen sich in Düsseldorf 11 Herren und gründeten den „Bund Natur- und Umweltschutz Nordrhein-Westfalen e.V.“ Daraus ging später der BUND NRW e.V. hervor, und heute - fast vierzig Jahre später - wächst und gedeiht der Verband wie lange nicht mehr.

Steigende Mitgliederzahlen und eine wachsende Zahl von Projekten sind sichtbare Zeichen für diese positive Entwicklung.

Der BUND ist ein Mitmachverband für alle, die im

Umwelt- und Naturschutz aktiv werden möchten: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, mit Freude an

griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, als WebmasterIn, ExkursionsführerIn, KassenwartIn, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Bandbreite des Engagements der viele hundert BUND-Aktiven ist groß. Ehrenamtlich, unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Welche Themen vor Ort angegangen werden und wo und wie BUND-Aktive sich einmischen, entscheiden diese eigenständig in den vielen Kreis-, Orts- und Regionalgruppen, in Projekten und in Arbeitskreisen. Dabei werden sie vom BUND-Landesverband und -Bundesverband tatkräftig unterstützt. Auf diese Weise ist über die Jahre ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen.

BUND: Unabhängig und glaubwürdig

Auf landespolitischer Ebene ist der BUND nicht mehr wegzudenken. Ob Klimaschutz, Atomausstieg, ob Fracking oder gentechnikfreie Landwirtschaft: In vielen Fragen mischt sich der BUND ein, klärt auf, entwickelt Alternativen. Die übergroße Mehrheit der Bevölkerung teilt dabei die grundlegenden Positionen. Inhaltliche

Konflikte kommen vor - auch innerverbandlich. Aktuell sorgt zum Beispiel der Ausbau der erneuerbaren Energien für viele Diskussionen. Hier versucht der BUND, durch eine seriöse Abwägung der widerstreitenden Belange einen Ausgleich der Meinungen herbeizuführen. Der dauerhafte Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen steht dabei immer im Mittelpunkt.

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der rund 24.000 Mitglieder in NRW. Und die Zahl der BUND-UnterstützerInnen steigt weiter. Eine deutlichere Bestätigung für den eingeschlagenen Kurs kann es nicht geben.

Neue Impulse und Kontinuität in der Sache

Auf der Landesdelegiertenversammlung Ende Mai in Duisburg wird eine neue Verbandsspitze gewählt. Der langjährige Landesvorsitzende Paul Kröfges kandidiert nicht mehr für den Spitzenposten (*siehe Interview*). Die Kontinuität der erfolgreichen Arbeit aber bleibt gewahrt. Von der geplanten Verjüngung des geschäftsführenden Vorstandes erhofft sich der Verband auch neue Impulse. Gestärkt und mit frischem Schwung wird der BUND die künftigen Natur- und umweltschutzpolitischen Herausforderungen angehen. Machen auch Sie mit! (dj)



i Der BUND-Jahresbericht 2012 bietet einen Überblick über die landespolitischen Aktivitäten und Erfolge. Download unter www.bund-nrw.de

Der scheidende BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges bilanziert:

„Die Niederlagen des Naturschutzes schmerzen“

Seit 1979 ist das BUND-Urgestein Paul Kröfges aus Windeck für den Umweltschutz aktiv. Der langjährige Sprecher der Kreisgruppe Rhein-Sieg enterte 2004 als stellvertretender Landesvorsitzender die landespolitische Bühne und führt seit 2007 als Landesvorsitzender den BUND in Nordrhein-Westfalen. Mit dem Ende seines Mandats im Mai 2013 ist damit Schluss. Paul Kröfges hat entschieden, nicht erneut für das Spitzenamt zu kandidieren. Der 64-Jährige bleibt dem BUND aber erhalten und wird sich zukünftig speziell seinem Herzensthema, dem Gewässerschutz, widmen. Im Interview zieht Paul Kröfges seine persönliche Bilanz. (dj)

NRWinfo: Herr Kröfges, Sie sind seit vielen Jahren für den BUND aktiv. Wie fällt ihr politisches Fazit aus?

Durchwachsen. Als Verband haben wir einige beachtliche Erfolge für die Umwelt erreicht und uns gut entwickelt. Aber in der Summe ist die umweltpolitische Situation negativ. Artenverlust, Energie-, Flächen- und Rohstoffverbrauch sind immer noch zu hoch, Landwirtschaft wird überwiegend als Ausbeutung von Tier und Boden betrieben, obwohl es auch anders ginge, die Energiewende kommt nicht richtig voran. Man könnte die negative Liste fortsetzen, vor allem mit Blick auf Mobilität und internationale Probleme. Klar ist, wir Umweltschützerinnen und Umweltschützer sind weiter gefordert und werden gebraucht. Immerhin ist der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zentrales und verbindendes Thema weltweit geworden – das ist die gute Botschaft.

NRWinfo: Der ehrenamtliche Einsatz für einen solch heterogenen Verband bringt Höhen und Tiefen. Was waren Ihre persönlichen Highlights?

Dazu gehört der Erfolg beim Weltjugendtag 2008, wo wir mit unserem Widerstand eine bessere Lösung für die Papstmesse ermöglicht und ein Naturschutzgebiet gerettet haben. Ganz sicher auch die Besetzung unserer Obstwiese gegen den Tagebau Garzweiler als solidarische Gemeinschaftsleistung des Verbandes mit Unterstützung der Bevölkerung und positiver Begleitung durch die Medien. Das war eine anstrengende Aktion, hatte aber eine unglaubliche Wirkung auf den Zusammenhalt im Verband. Höhepunkte waren zweifellos auch die juristischen Erfolge gegen die Kraftwerke Datteln und Lünen, und nicht zu vergessen das Urteil des Europäischen Gerichtshofes in Luxemburg zu erweiterten Klagerechten der Naturschutzverbände.

NRWinfo: Auf welche Erlebnisse hätten Sie gerne verzichtet?

Unsere Obstwiese ist mittlerweile im Tagebau Garzweiler verschwunden, der wunderschöne Hambacher Wald weitgehend vom Tagebau aufgefressen. Das tut richtig weh. Auch die Niederlagen in Sachen Verlegung der Autobahn A 4, ebenfalls durch die Braunkohle verursacht,

oder bei der A 33, der Autobahn durch schönste ostwestfälische Kultur- und Naturlandschaft, wo wir den zugesagten Ausgleich erreichen wollten, schmerzen. Jetzt kommt aktuell noch die Niederlage im Kampf gegen die Rennstrecke Bilsterberg dazu. Wenn es ums Auto und um Straßen geht, hat der Naturschutz in Deutschland schlechte Karten. Ganz schlimm war auch der Ausgang des PFT-Prozesses



„Das war eine anstrengende Aktion, hatte aber eine unglaubliche Wirkung“. Paul Kröfges während der Obstwiesenbesetzung im Tagebau Garzweiler 2008.

Foto: D. Jansen

in Paderborn. In diesem Zusammenhang bin ich auch innerverbandlich und von grüner Politik enttäuscht worden.

NRWinfo: Sie hinterlassen einen strukturell gesunden Verband. Noch nie hatte der BUND so viele Mitglieder, und er wächst weiter. Wo sehen Sie die zukünftigen innerverbandlichen Hauptaufgaben?

Ich sehe mit Freuden, dass lokale Aktivitäten zunehmen und es wieder mehr und aktivere Arbeitskreise auf der Landesebene gibt. Auch die Beteiligung beim Kreisgruppenforum - dem Koordinierungsgremium aller Kreisgruppen - hat sich sehr positiv entwickelt. Wir sind in der Fläche und bei den wichtigen umweltpolitischen Themen präsent. Darauf müssen wir aufbauen und unsere aktiven Mitglieder qualifizieren. Dazu ist unsere Projekt „Bildungsoffensive BUND“ bestens geeignet. Hinzu kommt der Erfahrungsaustausch untereinander, der besonders auf regionaler Ebene verstärkt und verbessert werden kann. Thematisch steht die „Energiewende von Unten“



„Energiewende, Artenschutz, Landwirtschaft, Gewässerschutz und Verkehrspolitik sind unsere Megathemen“: Paul Kröfges im Einsatz. Foto: D. Jansen

als Projekt an. Damit sollen BUND-Menschen motiviert werden, sich lokal einzumischen, um Energieeffizienz und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzubringen und Konflikte mit Zielen des Naturschutzes zu minimieren. Wichtig wäre noch mehr Mut, sich vor Ort mit den politischen Vertretern konstruktiv auseinander zu setzen.

NRWinfo: Welche umweltpolitischen „Baustellen“ müssen vorrangig angegangen werden?

Energiewende, Artenschutz, Landwirtschaft, Gewässerschutz und Verkehrspolitik sind unsere Megathemen. Die Energiewende muss gelingen, vor allem durch Energieeinsparung und mehr Effizienz und darf nicht auf Kosten des Naturschutzes gehen.

Hierzu muss es überregionale Planungen, aber auch Akzeptanz vor Ort geben, indem unvermeidbare Eingriffe, zum Beispiel durch Windkraftanlagen, minimiert und lokal ausgeglichen werden. Mit Blick auf den Klimaschutz, den anstehenden Klimawandel und der Luft- und Lärmbelastung muss es auch endlich eine andere Verkehrspolitik geben. Weiter ist der Erhalt der Biodiversität durch große Schutzgebiete, vorrangig durch einen Nationalpark im Teutoburger Wald, aber auch durch erheblich höhere Anteile an Biolandwirtschaft wichtig. Dies bringt dann auch den Gewässer- und Grundwasserschutz voran, bei dem wir auch mit Blick auf europäische Vorgaben zum Erfolg verpflichtet sind.

NRWinfo: Sie werden dem BUND als Gewässerschutz-Experte erhalten bleiben. Das Thema steht auf der Agenda der Landespolitik nicht unbedingt an erster Stelle. Wo sehen Sie die größten Defizite?

Die Gemeinden haben noch nicht wahrgenommen, dass es mit zu ihren Pflichtaufgaben gehört, den guten Zustand ihrer Gewässer bis spätestens 2027 zu erreichen. Das Land setzt noch auf gutes Zureden und lockt mit Geld, was aber nicht so recht funktioniert, da vielfach die Bereitschaft fehlt, 20 oder auch nur 10 Prozent Eigenanteil bei Maßnahmen am Gewässer aufzubringen. Hier muss sicher mehr Akzeptanz her und die Motivation befördert werden, einerseits durch gute Beispiele, die es gibt, andererseits auch durch „leichtes Anziehen der Daumenschrauben“. Außerdem sperrt sich die Landwirtschaft, da der Druck auf die Flächen insgesamt sehr hoch geworden ist, so dass auch direkt am Gewässer weiter produziert werden soll. Schließlich fehlt qualifiziertes Personal für die Aufgabe und es wird zu wenig Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Hier werden wir auch künftig mit dem Projekt ‚Wassernetz‘ der Naturschutzverbände ansetzen.

NRWinfo: Zum Abschluss etwas Privates. Als Landesvorsitzender waren Sie ständig „auf Achse“, Ihre Familie hatte wenig von Ihnen. Wie kommen Sie zukünftig ohne die zahlreichen BUND-Termine klar?

Das wird schon. Einerseits gehen diese nicht auf Null - siehe Thema Wasser. Aber auch in der Regionalgruppe Köln, dem Rhein Sieg Kreis und meiner Heimatgemeinde liegt einiges an. Andererseits hat meine Frau bisher in Haus und Garten überwiegend alleine gewirtschaftet, da muss ich jetzt stärker selbst mit ran. Und dann haben wir jetzt eine 3000 m² große, leerräumte Wiese vor dem Haus gekauft, die wir zu einer schönen Obstwiese entwickeln wollen. Das wird eine echte Herausforderung, auf die ich mich sehr freue.

NRWinfo: Dabei wünschen wir viel Erfolg!

Wildbienen in NRW

Summ, summ, summ, ... ausgesummt?

Wer „Biene“ hört, der denkt an Honig, Imkerei und „Bienensterben“. Aber neben der Honigbiene gibt es in NRW (noch) mehr als 320 weitere Bienenarten. Sie werden unter dem Sammelbegriff „Wildbienen“ zusammengefasst.

Während immer deutlicher wird, welche Schlüsselrolle diese Organismen in unserem Ökosystem spielen, nimmt die Zahl der Arten dramatisch ab. Alleine in NRW gelten bereits mehr als 12 Prozent der ursprünglich heimischen Arten als ausgestorben.

Der Grund, warum Bienen für uns so wichtig sind, liegt in ihren Ernährungsgewohnheiten. Denn als Futter für sich und ihre Larven brauchen alle Bienen Nektar und Pollen von Blütenpflanzen. Beim Sammeln dieser Nahrung leisten sie unersetzbare Dienste als Bestäuber von Wild- und Kulturpflanzen. Dabei wird immer klarer, dass auch in den meisten landwirtschaftlichen Ertragskulturen eine Mischung aus Honigbienen, Wildbienen und anderen Insekten die einzige dauerhaft sichere Alternative ist.

Aber Wildbienen leiden unter großen Problemen. Flächenverbrauch und Landschaftszersiedelung schränken das Angebot an Nistplätzen und Nahrungspflanzen ein. Die intensive Agrarproduktion trägt durch großflächige Monokulturen zur Verknappung des Nahrungsangebotes bei. Und natürlich töten Insektizide auch Bienen. Die Kombination dieser Faktoren ist auf Dauer tödlich für alle Bienen.

Deshalb müssen wir etwas tun, um diese Tiere zu schützen. Informieren Sie sich und ihre Mitmenschen, leisten Sie einen kleinen privaten Beitrag! Heimische Pflanzen in Fensterkästen und Gärten bieten Nahrung für lokale Bienenarten. Struktureiche Gärten ohne „Einheitsgrün“ fördern die Ansiedlung von Wildbienen. Und fürchten Sie sich nicht: Wildbienen sind ungefährlich und stechen nicht.

Erhöhen Sie den Druck auf Politik und Agrarindustrie! Denn die verbliebenen Bienenhabitate müssen als Rückzugsgebiete unter strengen Schutz gestellt, ihre Finanzierung dauerhaft sichergestellt werden. Der Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft muss viel stärker als bisher reduziert und reguliert werden. Verfahren zur Überprüfung von neu entwickelten Insektiziden müssen von unabhängigen Stellen durchgeführt werden, ohne den direkten Einfluss der Agrarindustrie mit ihren kurzfristigen Profitinteressen. „Agrarwüsten“ müssen wieder zu „Agrarökosystemen“ werden, die einer Vielzahl von Organismen Lebensraum bieten. Denn letztendlich ist die Biodiversität unsere Lebensgrundlage. Und das gilt ganz besonders in Bezug auf Bienen.

Janos Wieland



Wildbienen wie diese Graue Sandbiene (*Andrena cineraria*) sind unentbehrliche Helfer in der Natur. Vielerorts schaffen BUND-Aktive mit dem Bau von „Bienen-Hotels“ neue Unterkünfte . Foto: T. Salin/wikimedia.org, U. Köhler,

Autorennstrecke Bilster Berg

Natur kommt unter die Räder

Das Verwaltungsgericht Minden hat am 8. April die Klage des BUND gegen die Genehmigung der 4,2 Kilometer langen Renn- und Teststrecke Bilster Berg abgewiesen. Auf dem 84-Hektar-Gelände eines ehemaligen Munitionsdepots der britischen Rheinarmee bei Bad Driburg können demnach die Motoren dröhnen. Die naturschutzwürdigen Offenlandflächen und viele geschützte Tierarten kommen damit unter die Räder.

„Wir sind tief enttäuscht und sehen dies als schweren Schlag gegen Natur - und Landschaftsschutz in Ostwestfalen“, kommentierte der BUND-Landesvorsitzende Paul Kröfges das Urteil. Nach dem Urteil zum A 33-Ausbau und der vorläufigen Niederlage bei den Planungen zu einem Nationalpark im Teutoburger Wald/Eggegebirge sei die nun endgültige Absegnung einer Autorennstrecke in ehemals schönster Natur ein „weiterer schwerer Schlag für alle, die diese Region als Heimat sehen und wegen ihrer landschaftlichen Qualitäten schätzen.“

Trotz wiederholt vorgetragener Bedenken des BUND hatte der Kreis Höxter am 29. Juli 2011 die erste Teilgenehmigung für die Rennstrecke erteilt. Dagegen richtete sich die Klage. Neben dem BUND hatten auch betroffene Anwohner aus den angrenzenden Ortschaften Klagen eingereicht.

Forts. S. 6

Selbst die Klagegegner gehen davon aus, dass die Flächen für die Rennstrecke als Lebensraum für geschützte Arten in Zukunft weitgehend ausfallen. Laut Genehmigungsbescheid soll dennoch kein einziger artenschutzrechtlicher Verbotstatbestand erfüllt sein. „Dass dies nicht sonderlich plausibel ist, liegt auf der Hand“, sagte BUND-Anwalt Dr. Frank Niederstadt.

Besonders bedenklich findet der BUND, dass das Gericht zwar zugunsten der Genehmigung nachgereichte Untersuchungen berücksichtigte.

Noch vor der Genehmigung in das Verfahren eingebrachte neue Erkenntnisse über gefährdete Arten wurden indes missachtet. Dieser Umgang mit dem Artenschutzrecht ist kein Einzelfall, sondern scheint zumindest bei Großverfahren eine Tendenz bei den Verwaltungsgerichten wider zu spiegeln.

Im Ergebnis werden wohl demnächst Motorenlärm und Auspuffgase Mensch und Natur in der einstmalen idyllischen Landschaft belasten. (dj)

BUND-Klage gegen B 474n

„Rechtsfehlerhaftes Urteil“

Der langjährige Rechtsstreit um den geplanten Neubau der Bundesstraße B 474n, Teilabschnitt Datteln, geht in die nächste Runde. Der BUND hat beim Oberverwaltungsgericht in Münster Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Revision gegen das Urteil vom 18. Januar 2013 eingelegt.



Das BUND-Experten-Team im Klageverfahren B 474n: BUND-Vorstand Dr. Thomas Krämerkämper, Rechtsanwalt Dr. Frank Niederstadt und der Gutachter Dr. Matthias Schreiber (v.l.n.r.). Foto: Dirk Jansen

„Das Urteil des OVG ist unseres Erachtens grob rechtsfehlerhaft“, begründete BUND-Vorstandsmitglied Dr. Thomas Krämerkämper die Beschwerde. „Die tendenziell sehr straßenbaufreundliche Rechtsprechung der Gerichte können wir nicht kampfflos hinnehmen, zumal wir überzeugende Argumente gegen den Bau der Straße vorgebracht haben.“ Besonders kritikwürdig ist, dass die Richter trotz mehrfacher nachträglicher Änderungen des Planfeststellungsbeschlusses und erst auf Anregung des BUND nachgeschobener Fauna-Flora-Habitat-Verträglichkeitsprüfung ausgerechnet die entscheidungserheblichen Fragen des FFH-Gebietsschutzes als „präkludiert“ ausgeschlossen haben. Die vom BUND fristgerecht vorgetragenen drohenden Belastungen des europäischen Natura-2000-Gebietes ‚Lippeaue‘ sind damit offenbar bewusst ausgeklammert worden.

Darüber hinaus kritisiert der BUND die offenkundig falsche Verkehrsprognose, mit der die Straßenplaner einen in der Realität nicht existierenden verkehrlichen Bedarf begründen. Auch die tatsächliche Zusatzbelastung mit Schadstoffen wird so schön gerechnet. Für den BUND ist ein Skandal, dass Verwaltungsgerichte die über Jahrzehnte durch die Realität widerlegten „Märchenzahlen der Straßenplaner“ immer noch Glauben schenken.

In der mehr als 70-seitigen Beschwerdeschrift führt der BUND zudem auf, dass nachgewiesene massive Verstöße gegen den Artenschutz vom Oberverwaltungsgericht ebenfalls missachtet worden sind. Beim Artenschutz ignorierte der Senat sogar die von den Straßenplanern schriftlich selbst zugegebenen Verstöße. Dass das Gericht zudem die auch vom Vorhabensträger vorgeschlagene wesentlich kürzere und naturverträglichere Alternativtrasse ausgeklammert hat, passe in das Gesamtbild einer unzureichenden Auseinandersetzung des Gerichts mit der verfehlten Planung.

Jetzt muss das Bundesverwaltungsgericht über die BUND-Beschwerde entscheiden. (dj)

 www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik

Bergrecht contra Grundrecht

Verfassungsbeschwerde Garzweiler

Am 10. Januar 2008 räumte ein Großaufgebot der Polizei die BUND-Obstwiese im Braunkohlentagebauegebiet Garzweiler, auf der ein gutes Dutzend AktivistInnen zehn Tage lang der Zwangsräumung getrotzt hatte. Heute klafft dort ein 180 Meter tiefes Loch. Dabei ist die juristische Auseinandersetzung um die Zwangseignung noch nicht beendet. Der BUND hatte bereits am 5. Dezember 2008 Verfassungsbeschwerde eingereicht. Diese wurde jetzt zur Entscheidung angenommen und wird am 4. Juni vor dem 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verhandelt. Für den BUND ist dies ein großer (Teil)Erfolg.

Zur Verhandlung am 4. Juni sind neben den Beschwerdeführern unter anderem auch das Land Nordrhein-Westfalen, der Bundestag und der Bundesrat sowie die Bundesregierung geladen. Daneben werden auch die RWE Power AG sowie verschiedene Institutionen, Verbände und Gebietskörperschaften gehört.

Der BUND erhofft sich von der Verfassungsbeschwerde die Prüfung, inwieweit die Zwangseignung des BUND zugunsten der RWE-Interessen verfassungsgemäß war. Der BUND hält wegen der Allgemeinwohlschädlichkeit des Tagebauvorhabens diesen gravierenden Eingriff in die Grundrechte für verfassungswidrig.

Mit dem BUND hatte auch ein Privatkläger aus der vom Tagebau unmittelbar bedrohten Ortschaft Immerath das Bundesverfassungsgericht angerufen. Auch dessen Beschwerde wurde zur Entscheidung angenommen. Sie wird mit dem Verstoß der Rahmenbetriebsplanzulassung gegen das verfassungsmäßige Recht, seinen Wohnsitz frei von staatlichen Zugriffen behalten zu dürfen, begründet. Die bergrechtliche Zulassung des Tagebaus greift massiv in dieses „Recht auf Heimat“ ein, ohne dass ein effektiver und frühzeitiger Rechtsschutz möglich wäre.

Der Widerstand von BUND und Betroffenen gegen das „Jahrhundertprojekt Garzweiler II“ hält inzwischen mehr als 20 Jahre an. Im Jahre 1987 wurde das Genehmigungsverfahren eingeleitet. Trotz etlicher Klagen und juristischer Teilerfolge konnte der Tagebau bislang nicht gestoppt werden. Nun liegt es am Bundesverfassungsgericht, anhand der Beschwerden zu klären, ob das Bergrecht weiterhin über den Grundrechten stehen darf. (dj)

 www.bund-nrw.de/braunkohle



Foto: D. Janssen

BUND Köln aktiv

Vogelschutz an Glaswänden

Glasfassaden an Gebäuden und Glaswände setzen mancherorts architektonische Akzente und erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Sie können dabei aber auch zu einer erheblichen Gefahr für Vögel werden, die die großen durchsichtigen oder stark spiegelnden Glasflächen nicht als Barriere erkennen, im Flug mit großer Wucht dagegen schlagen und entweder sofort sterben oder später infolge der Verletzungen qualvoll verenden. Betroffen sind die unterschiedlichsten Vogelarten, Singvögel ebenso wie Greifvögel. Wenngleich das Problem seit Jahren bekannt ist, blenden es Planer und Architekten häufig aus und es bedarf dann im Nachhinein einer ‚Entschärfung‘ der Situation zum Beispiel durch das Aufbringen spezieller Folien.

Nachdem schon die BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg anhand eines besonders prominenten Beispiels - der Fehlplanung eines riesigen gläsernen Würfels einer Gastronomie auf dem Drachenfels - das Thema in die Öffentlichkeit brachte und mangels Einsicht der Behörden letztlich auf dem Rechtsweg Nachbesserungen erreichte, gründete der BUND Köln nun eigens einen Arbeitskreis Vogelschutz. Anlass waren hier vier 20 Meter hohe Glaswände zwischen den Häusern einer Wohnsiedlung in der Kölner Südstadt, die einen Durchflugkorridor zwischen dem begrünten Bahndamm und einem Park zerschneiden. Die Kinder des benachbarten Kindergartens fanden regelmäßig Vogelkadaver in ihrem Sandkasten. Der BUND Köln nahm sich des Falls an und informierte die zuständige Naturschutz-



„Vogelkiller“ wie diese Glaswand können durch das Aufkleben von Folie entscheidend entschärft werden.

Foto: C. Wegworth

behörde. Diese wurde sofort tätig und erarbeite zusammen mit Vertretern des Bauträgers und den zuständigen Hausverwaltungen eine sinnvolle Lösung. Die Glaswände wurden beidseitig durch eine Klebefolie mit einem hochwirksamen Streifenmuster aus feinen Rasterpunkten markiert.

„Der Einsatz hat sich gelohnt und der BUND dankt allen für die gute Kooperation. Da stetig Gebäude neu errichtet oder umgebaut werden, drängen wir der Stadt Köln gegenüber nun darauf, den Aspekt des Vogelschlages von Beginn bei allen Planungen und Bauanträgen konsequent zu beachten. Bei eigenen Gebäuden und denen kommunaler Wohnungsbaugesellschaften hat die Stadt auch eine Vorbildfunktion“, so Claudia Wegworth, Leiterin des AK Vogelschutzes. (rb)

 Das Vorbild Köln regt zum Nachahmen an. Kontakt und weitere Infos zum Thema bei Claudia Wegworth vom Arbeitskreis Vogelschutz der BUND Kreisgruppe Köln, claudia.wegworth@bund.net, www.bund- köln.de

Entwicklung des Rheinlands verdient gemacht haben. In ihren Glückwunschanreden hoben Oberbürgermeister Reinhard Paß (SPD) sowie Lorenz Bahr (Grüne), stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung des LVR, den unermülichen und hartnäckigen Einsatz von Marie Rose hervor. Eine ehemals von Industrie geprägte Stadt wie Essen sei heute die drittgrünste Stadt Deutschlands - nicht zuletzt durch Menschen wie Frau Joos, hob Paß hervor. Bahr würdigte den Weg Joos' vom Biologiestudium in Bochum und Bonn bis zur Vorstandsarbeit beim Essener BUND und die vielen umweltpädagogischen Tätigkeiten auf ehrenamtlicher Basis.

Schon früh hat sich Marie Rose-Joos für Umweltthemen stark gemacht und ist bis heute dem BUND treu geblieben. In Essen trat sie 1981 in die frisch gegründete Kreisgruppe ein und ist seit langem im Vorstand tätig, einige Jahre als Vorsitzende. Die Aktivitäten sind kaum aufzuzählen: Teiche und Hecken wurden angelegt, Bäume gepflanzt oder Bahndämme frei geschnitten. Ihr besonderes Engagement gilt der Erarbeitung von Stellungnahmen, die im Namen des BUND für verschiedene Ämter erstellt werden müssen und ihrem Mandat im Beirat der Unteren Landschaftsbehörde der Stadt Essen.

Marie-Rose Joos dankte den vielen Menschen, mit denen sie zusammenarbeiten konnte. Sie habe ihre Aktivitäten nur mit anderen zusammen entfalten können und betrachte daher den Rheinlandtaler auch als Auszeichnung der gesamten BUND-Kreisgruppe Essen. (dj)

Ehrung für Essener BUND-Aktive Rheinlandtaler für Marie-Rose Joos

Der Landschaftsverband Rheinland hat Marie-Rose Joos mit dem Rheinlandtaler für ihren fast 40 Jahre andauernden Einsatz im Bereich des Natur- und Landschaftsschutzes ausgezeichnet. Die Ehrung nahm Lorenz Bahr, stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland, im Essener Rathaus vor.

Mit dem Taler werden Persönlichkeiten geehrt, die sich in besonderer Weise um die kulturlandschaftliche



Verleihung des Rheinlandtalers an Marie-Rose Joos. V.r.n.l.: Oberbürgermeister Reinhard Paß, Bürgermeister Rolf Fliß und Lorenz Bahr, stellvertretender Vorsitzender der Landschaftsversammlung Rheinland.

Foto: K.-P. Prengel/Stadtbildstelle Essen

IMPRESSUM: Das *NRWinfo* wird herausgegeben vom **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.**
 ♦ **Anschrift:** BUND NRW e.V., Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel.: 0211/302005-0, Fax: 0211/302005-26, eMail: bund.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de ♦ **V.i.S.d.P.:** Paul Kröfges, Landesvorsitzender ♦ **Redaktion & Layout:** Dirk Jansen (dj), Geschäftsleiter; dirk.jansen@bund.net ♦ **Mitarbeiter an dieser Ausgabe:** Ralf Bilke (rb), Ulrich Straeter, Claudia Wegworth, Janos Wieland ♦ **Auflage:** 18.700 ♦ **Druck:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen ♦ **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln, BLZ: 370 205 00, Konto-Nr. 8 204 700 ♦ **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! ♦ Das *NRWinfo* erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2013 ♦ © BUND NRW, Mai 2013

(Nachdruck oder sonstige Verwertung nur mit Genehmigung des BUND NRW.)